



# Freistaat Preußen

Administrative Regierung  
Rechteinhaber des Präsidiums des  
Deutschen Reichs/Deutschland  
in der Funktion des persistent objector  
- ius cogens -

Innere Angelegenheiten  
Ada Cornelia a.d.F. R e i c h h e i m

[www.freistaat-preussen.world](http://www.freistaat-preussen.world)

an  
die alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs  
die BRD-Verwaltung

## Protestnote

Protest gegen die Aufrechterhaltung der Besatzung und  
Kolonialisierung der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen  
und Berlin des Völkerrechtssubjekts Freistaats Preußen durch die  
Verwaltung der westalliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs,  
Namens Bundesrepublik Deutschland, in der ehemaligen  
Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

Sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Putin,  
sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Trump,  
sehr geehrte Exzellenz Frau May,  
sehr geehrte Exzellenz Herr Macron,  
sehr geehrter Herr Steinmeier,  
sehr geehrte Frau Merkel,

in der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom  
23.05.1949, zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 13.7.2017 | 2347 steht  
geschrieben:

*„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von  
dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten  
Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft  
seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die  
Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin,  
Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern,  
Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen,  
Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier  
Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit  
gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“*

**Der Inhalt dieser Präambel wird bestritten, denn es gab diesbezüglich  
keine Volksbefragung und auch keine Volksabstimmung.**

Außerdem ist nicht die Deutsche Demokratische Republik mit ihren  
Staatsangehörigen dem Geltungsbereich des Grundgesetzes für die  
Bundesrepublik Deutschland oder der Bundesrepublik Deutschland  
beigetreten, sondern lediglich die von den alliierten Westmächten gebildeten  
Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-  
Vorpommern und Berlin - ohne Staatsangehörige, denn es gibt keine

brandenburgerischen, keine mecklenburg-vorpommernischen, keine sachsen-anhaltinerischen, keine sächsischen oder thüringerischen Staatsangehörige!

Die ehemaligen Staatsangehörigen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) besitzen seit der Auflösung der DDR gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1953 auf dem Gebiet des Völkerrechtssubjekts Freistaat Preußen wieder die Staatsangehörigkeit ihrer Vorfahren, die für den Freistaat Preußen mit Urteil vom 25. Oktober 1932 durch den Staatsgerichtshof in Leipzig völkerrechtlich fortbesteht.

Den Staatsangehörigen des Freistaats Preußen kann die Bundesrepublik Deutschland gemäß ihres Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 15. Juli 1999, erst in Kraft getreten am 1. Januar 2000, die Staatsangehörigkeit des Freistaats Preußen nicht entziehen, da die Bundesrepublik Deutschland für die Staatsangehörigen des Völkerrechtssubjekts Freistaat Preußen nicht zuständig ist.

So wird auch im Beschluß des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg AZ: OVG 5 M 54,14 vom 17. Oktober 2014 bestätigt:

*„ ... weil es im Geltungsbereich des Grundgesetzes sowie des Staatsangehörigkeitsgesetzes [vom 15. Juli 1999, in Kraft getreten am 1. Januar 2000] eine preußische Staatsangehörigkeit offensichtlich nicht gibt und eine solche somit von einer [BRD-] deutschen Behörde weder festgestellt noch in einen von ihr auszustellenden Personalausweis eingetragen werden kann.“*

Im Kontrollratsgesetz Nr. 46 der alliierten Mächte wurde Preußen lediglich für die Zeit der Besetzung handlungsunfähig gestellt.

Mit Beendigung der Besetzung in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone hat der Freistaat Preußen alle Staatsrechte wieder übertragen zu bekommen, denn wie das RBB-Fernsehen in der Sendung RBB-Aktuell am Sonntag, den 03.02.2019; 19:30 Uhr „40 Jahre DDR-Medizinskandal“ ebenfalls bestätigt, ist die Bundesrepublik Deutschland nicht Rechtsnachfolger der DDR. Zitat:

**„Da die Bundesrepublik Deutschland (...) nicht Rechtsnachfolger der DDR geworden [ist], kann eine Entschädigungsregelung (...) allein wegen des erlittenen Unrechts durch die Hepatitis- C- Infektion nicht in Aussicht gestellt werden.“** [Gesundheitsministerium]

Im Protokoll über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2. August 1945 steht geschrieben:

*„Den deutschen Behörden ist nahezulegen, in möglichst vollem Umfange die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. So ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besetzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.“*

Wie auch der Deutschlandfunk am 20. Mai 1999 bestätigt, wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland als Besatzungsgesetz aufgezwungen und die Bildung der Bundesrepublik Deutschland von den alliierten Westmächten diktiert:

*O-Ton Ehard: „Wenn die deutsche Bundesrepublik auf Grund der vorgeschriebenen Genehmigungen und Abstimmungen zustandekommt, dann ist Bayern ein Teil dieses Bundesstaates, ob*

*wir zum Grundgesetz ja oder nein sagen. Es besteht die Tatsache - und sie darf und soll ausgesprochen werden -, daß nämlich bei diesem Entstehungsmodus der neuen Bundesrepublik ein alliierter Zwang vorliegt, der uns keine andere Wahl läßt. [...]"*

Quelle: [https://www.deutschlandfunk.de/warum-bayern-das-grundgesetz-ablehnte.934.de.html?dram:article\\_id=131554](https://www.deutschlandfunk.de/warum-bayern-das-grundgesetz-ablehnte.934.de.html?dram:article_id=131554)

Nach der „Wende“ 1989 und der Beendigung der militärischen Besatzung durch die Sowjetunion wurde jedoch vorsätzlich und mit deutscher Gründlichkeit das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) auch auf die Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Berlin des Völkerrechtssubjekts Freistaat Preußen in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszonen (SBZ) aufgezwungen und durch die BRD usurpiert.

*„Es wurde ein vollständiger Austausch der Eliten in den so genannten neuen Bundesländern eingeleitet. Niemen in Nadelstreifen, die zweite und dritte Garnitur des politischen und wirtschaftlichen Establishments aus den alten Bundesländern flutete gen Osten, krallte sich sämtliche Posten und Führungspositionen in der Manier von Kolonialherren. Und das ist bis heute so geblieben. Lars Vogel, Politikwissenschaftler an der Universität Leipzig, konstatierte im November 2018, dass Ostdeutsche nach wie vor in den Eliten ihrer Heimat unterrepräsentiert sind.*

*In der Wirtschaft besetzen sie lediglich 33 Prozent. In Verwaltung und Justiz beläuft sich der Ost-Anteil auf 13 Prozent; ähnlich ist es in der Wissenschaft. Insgesamt schätzt Vogel den Anteil der Ostdeutschen in bundesdeutschen Führungspositionen auf 6 bis 8 Prozent - bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von zirka 17 Prozent. Lediglich in der Politik sind 14,6 Prozent der Bundestagsabgeordneten Ostdeutsche. Unzählige berufliche Karrieren der DDR-Bürger erlitten nach der "Wende" dank der sogenannten "Treuhandanstalt zur Wahrung der Anteilsrechte der DDR-Bürger am Volkseigentum der DDR" urplötzlich Schiffbruch. Jedoch waren viele Bürger dank ihrer vergleichsweise ausgezeichneten allgemeinen Schul-, Berufs- und Universitäts-Ausbildung, die ihnen das sozialistische System kostenlos zur Verfügung gestellt hatte, in der Lage, sich schnell und flexibel andere Tätigkeiten und Berufe anzueignen, die zweite oder dritte Karriere in Gang zu setzen.*

*Nicht auszudenken, was gewesen wäre, hätte jeder DDR-Bürger damals den ihm zustehenden Anteil vom Volkseigentum der DDR erhalten. Noch im Herbst 1990 schätzte die Treuhand den Wert aller DDR-Unternehmen auf 600 Milliarden D-Mark.*

*Die Bürger sollten etwas von dem zurückbekommen, was sie in 40 Jahren erarbeitet haben. Jeder Ostdeutsche sollte einen Anteilschein erhalten, der ihn zu einem Eigentümer `von einem Sechzehnmillionstel des DDR-Vermögens` macht; das waren damals etwa 100.000 D-Mark pro Kopf. [...]"*

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/83478-ost-offensive-selbstverwaltung-ostdeutschlands-ohne/>

Dreißig Jahre nach der sogenannten Wende 1989/90 ist der zu lange geduldete Quasi-Kolonialstatus in den „Neuen Bundesländern“ zu beenden.

Wir fordern daher dringend eine politische, wirtschaftliche, militärische Selbstverwaltung der preußischen Provinzen Brandenburg, Sachsen, Pommern und Berlin gemäß der Gesetze des Deutschen Reichs und des Freistaats Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932, zwei Tage vor der

völkerrechtswidrigen gewaltsamen Einverleibung des Freistaats Preußen in die Weimarer Republik und in der Folge in das völkerrechtswidrige Dritte Reich. Der Freistaat Preußen, als Völkerrechtssubjekt und neutraler Staat, wie z.B. die Schweiz, ist bereit zur friedlichen Koexistenz mit allen anderen Staaten.

Der derzeitig eingeschlagene militaristische Weg der BRD-Regierung in Berlin unter Mißbrauch des Staatshoheitsgebietes des Freistaats Preußen muß unverzüglich gestoppt werden, um die Kriegsprovokationen gegen die Russische Föderation einzudämmen; auch, um dieser Regierung den Zugriff auf unsere Kinder als Kanonenfutter für ihre militaristischen Selbstmordgedanken und politischen Entgleisungen zu entziehen.

Friedensaktivisten weisen immer wieder auf die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an völkerrechtswidrigen Angriffskriege der USA hin. Doch auch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verankert in Artikel 26, daß

*"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Straf zu stellen."*

### Erneuter militärische Mißbrauch des Staatshoheitsgebietes des Freistaats Preußen

*„Ende Januar bis Anfang Februar werden wieder US-Streitkräfte durch Brandenburg ziehen. Zudem ist eine Übernachtung auf dem dortigen Truppenübungsplatz geplant. Nach Angaben der amerikanischen Botschaft vom Montag werden etwa 400 Fahrzeuge durch die Oberlausitz fahren. Die Truppen sind auf dem Weg zu Manövern in Osteuropa und gehören zur US-Operation "Atlantic Resolve", die bereits seit 2014 durchgeführt wird.“*

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2019/01/us-truppenbewegung-fuehrt-erneut-durch-brandenburg.html>

Daher erneuern wir unseren Protest vom 12. Dezember 2018 gegen den Mißbrauch des Staatshoheitsgebiets des Freistaats Preußen unter Verletzung des Neutralitätsrechts des „V. Haager Abkommens“ (V.HA) vom 18. Oktober 1907 durch fremde Militärtruppen zur Ausübung von Angriffshandlungen gegen andere Staaten. Dies ist auch im Sinne des Artikels 39 der UN - Charta völkerrechtswidrig, was auch das BRD-Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 21. Juni 2005 (AZ.: 2 WD 12.4 – Rn. 217ff) bereits festgestellt hat.

### **Die Hilfeleistung durch eine Nichtkonfliktpartei zugunsten eines kriegsführenden Staates ( z.B. USA ) vom Staatshoheitsgebiet des nicht beteiligten Staates aus, ist völkerrechtswidrig.**

Dies ergibt sich ferner aus dem völkerrechtlichen Neutralitätsrecht, auf Grundlage des V. Haager Abkommen (V.HA) betreffend die Rechte und Pflichten neutraler Staaten im Falle eines Landkrieges vom 18. Oktober 1907. Dieses ist für das Völkerrechtssubjekt Freistaat Preußen nach wie vor in Kraft, denn der Freistaat Preußen ist Signatar dieses Abkommens.

Diese Regeln des V. Haager Abkommen sind auch in die vom BRD-Bundesministerium der Verteidigung erlassene Dienstvorschrift (ZDv) 15/2 vom August 1992 aufgenommen worden.

Nach Artikel 1 des V. Haager Abkommens ist das Gebiet eines „neutralen“, also eines nicht am bewaffneten Konflikt beteiligten Staates, „unverletzlich“; jede Kriegshandlung ist darauf untersagt ( N. 1108 ZDv 15/2).

Verboten ist insbesondere auch, Truppen oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das Gebiet eines neutralen Staates hindurchzuführen (Art. 2 V. HA). Dies gilt auch für relevante Hard- und Software, den Transport militärischer Daten für z. B. die Drohnenkriegsführung, sowie für den Überflug von Kampfflugzeugen, z.B. von den USA oder der NATO.

**Daher protestieren wir**, die Vertreter der administrativen Regierung des sich in Reorganisation befindenden Staates Freistaat Preußen in der Wahrnehmung der Rechte und Pflichten des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland gegen die Mißachtung und Verletzung der Artikel 1 bis 4 des V. Haager Abkommens durch die alliierten Westmächte des Zweiten Weltkriegs und ihrer NATO-Verbündeten.

**Wir protestieren** dagegen, daß die westalliierten Mächte und ihre Nato-Verbündeten entgegen des V. Haager Abkommens die Staatsterritorien der Glied-/Bundesstaaten des Zweiten Deutschen Reichs / Deutschland einschließlich der durch Polen verwalteten preußischen Ostgebiete als Basis in militärische Operationen einbeziehen und nutzen bzw. nutzen wollen!

**Wir protestieren** gegen die weitere militärische Besetzung, Ausplünderung und Aufrechterhaltung der BRD- Verwaltung unter Anwendung des Besatzungsgesetzes „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ (GG) in den Provinzen Brandenburg, Sachsen, Pommern und Berlin des Völkerrechtssubjekts Freistaats Preußen in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone und fordern den sofortigen Abzug der Besatzungsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ und die Gewährleistung der Bedingungen zur Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung des Freistaats Preußen!

- ius cogens -

gegeben zu Berlin, am 06. Februar 2019

Hochachtungsvoll



Ada Conelia  
o.d.F.  
Reichshaus

RUNDSENDEBERICHT

ZEIT : 07/02/2019 12:49  
 NAME : Freistaat Preußen  
 FAX : 0  
 TEL :  
 S-NR. : E78295H8N349915

SEITE(N)

07

DATUM	ZEIT	FAX-NR. /NAME	Ü.-DAUER	SEITE(N)	ÜBERTR	KOMMENTAR
07/02	12:36	030 229 93 97	02:51	07	OK	ECM RU
07/02	12:39	030 830 51050	03:03	07	OK	ECM US
07/02	12:43	030 2045 7571	02:20	07	OK	ECM GB
07/02	12:46	030 59003 9067	02:47	07	OK	ECM FR

DB : DECKBLATT  
 PC : PC-FAX



**Freistaat Preußen**  
 Administrative Regierung  
 Rechteinhaber des Präsidiums des  
 Deutschen Reichs/Deutschland  
 in der Funktion des persistent objector  
 - ius cogens -

Innere Angelegenheiten  
 AdS Cornelis d F R e i c h h e i m  
 www.freistaat-preussen.world

an  
 die alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs  
 die BRD-Verwaltung

Protestnote

**Protest gegen die Aufrechterhaltung der Besetzung und  
 Kolonialisierung der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen  
 und Berlin des Völkerrechtssubjekts Freistaats Preußen durch die  
 Verwaltung der westalliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs,  
 Namens Bundesrepublik Deutschland, in der ehemaligen  
 Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)**

Sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Putin,  
 sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Trump,  
 sehr geehrte Exzellenz Frau May,  
 sehr geehrte Exzellenz Herr Macron,  
 sehr geehrter Herr Steinmeier,  
 sehr geehrte Frau Merkel,

in der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom  
 23.05.1949, zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 13.7.2017 | 2347 steht  
 geschrieben:

*„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von  
 dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten  
 Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft  
 seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die  
 Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin,  
 Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern,  
 Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen,  
 Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier  
 Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit  
 gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“*

**Der Inhalt dieser Präambel wird bestritten, denn es gab diesbezüglich  
 keine Volksbefragung und auch keine Volksabstimmung.**

Außerdem ist nicht die Deutsche Demokratische Republik mit ihren  
 Staatsangehörigen dem Geltungsbereich des Grundgesetzes für die  
 Bundesrepublik Deutschland oder der Bundesrepublik Deutschland  
 beigetreten, sondern lediglich die von den alliierten Westmächten gebildeten  
 Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-  
 Vorpommern und Berlin - ohne Staatsangehörige, denn es gibt keine